Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 60 (1966)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : wie lange noch Krieg? ; Das grosse Spiel der USA ; "Revolution in Freiheit"? ; Die südafrikanische Drohung ; Israel-Westdeutschland

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141193

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jahren aus der Asche erhob, und unser Volk, das jene Tatkraft wiedergewann, die einst seine Vorfahren – die Erbauer von Angkor – auszeichnete – unser Land und unser Volk, sage ich, können wirklich bezeugen, wie zerbrechlich die Grundlage ist, auf der die Macht der ‚Großmächte' beruht.»

Aus dem «Pazifik», September/Oktober 1966

HINWEIS AUF EIN BUCH

Wilfred G. Burchett: «Partisanen contra Generale», Basler Friedenskomitee. (465 Seiten, 32 Seiten Photos und Karte).

Wilfred G. Burchett, der bekannte australische Journalist, Fachmann für Fernostfragen, hielt sich mehrmals seit 1964 längere Zeit in Südvietnam auf, um an Ort und Stelle die Lage zu sondieren. Er lernte die führenden Persönlichkeiten der Nationalen Befreiungsfront kennen, besuchte die kleinen Stämme im Hochland, sprach mit Offizieren der bewaffneten religiösen Sekten, mit Kämpfern der örtlichen Selbstverteidigungseinheiten und mit gefangengenommenen USA-Soldaten; er war in einem «strategischen Dorf» und wagte sich sogar bis an die Peripherie der Hauptstadt Saigon vor. Sein Erscheinen dort war eine echte Sensation (Vorabdrucke erschienen in «Le Monde», «Paris Match», «Life», «Epoca», «Quick», «Spiegel»).

Weil alle Beteiligten an diesem Buch, Autor, Verleger und Vertrieb auf alle Gewinne und Honorare verzichten, kann das Buch (mit vielen Photos) zu *Fr. 10.—* abgegeben werden und davon gehen Fr. 5.— an die Vietnamhilfe.

Basler Friedenskomitee, Postscheckkonto 40-1627.

WELTRUNDSCHAU

Wie lange noch Krieg? Das Jahr, das zu Ende geht, war weltpolitisch kein gutes Jahr. Die Völkerbeziehungen sind nicht besser, entspannter geworden, eher schlechter, spannungsreicher, gefahrdrohender. Der Kampf zwischen der bürgerlich-kapitalistischen und der sozialistisch-kommunistischen Welt hat sich zwar von Europa weg stark nach Ost- und Südostasien verlagert und ist dort mit der fortschreitenden Zerstörung Vietnams und der Ausrottung der «Kommunisten» (mindestens 300 000 Tote!) in Indonesien besonders grausam geführt worden, wobei die Aussicht auf eine Ausdehnung des Krieges auf China noch größer geworden ist als bisher. Aber als Kalter Krieg geht der Kampf zwischen den beiden Welten auch in Europa weiter, mit Westdeutschland als hochgerüsteter Vormacht des Antikommunismus – dies trotz dem zunehmenden Zerfall der NATO und den amerikanischen Lockrufen an die Sowjetunion. Und in Lateinamerika und Afrika, nicht zuletzt auch im Nahen Osten – Israel und Araber – verschärfen sich die sozialen und nationalen Gegensätze neuerdings besonders auffallend, so daß von Friede auf Erden und Abrüstung heuer so wenig wie je die Rede sein kann. Die westlichen

Völker täuschen sich über diese Lage gern mit ihrem wachsenden Wohlstand hinweg, ohne sich einzugestehen, daß die trügerische Spätblüte des Kapitalismus nur durch Kriegsrüstungen und unverhüllte oder «demokratisch» verschleierte Diktatur zu halten ist und die entsittlichenden Wirkungen des «Wirtschaftswunders» das Mark der «freien» Nationen langsam vielleicht, aber gründlich aufzehren. Die früher sozialistischen Kräfte verbürgerlichen dabei mehr und mehr, und auch die kommunistischen Länder des Westens passen sich bürgerlichen Idealen und Einrichtungen in bedenklicher Art an, so daß sich die Kluft zwischen der Sowjetunion und China in diesem Jahr fast unüberbrückbar erweitert hat.

Das Bild, das die Welt heute bietet, scheint so zu Ermutigung wenig Anlaß zu geben. Nirgends ein Durchbruch zu einer neuen Welt, wie wir sie ersehnen, eher eine vermehrte Zusammenballung und freche Enthemmung der Mächte des Bösen, die geradezu auf eine Katastrophe im Weltmaßstab hindrängen. Aber ist diese «Eskalation» der Zerstörungstätigkeit nicht auch ein Zeichen für die Gewißheit ihrer Urheber und Träger, daß «ihre Zeit kurz ist»? Wir dürfen davon trotz allem überzeugt sein. Es wird wohl durch Zusammenbrüche und Erschütterungen schwerster Art hindurchgehen, aber das wird nicht das Ende sein. Dahinter erhebt sich, schon jetzt dem glaubenden Auge sichtbar, die neue Welt der Gerechtigkeit und des Friedens, die uns verheißen ist. Sie wird nicht von selber aufsteigen; sie muß von uns *gewollt* und vorbereitet werden – freilich immer im Vertrauen auf die sieghafte Macht des Allguten, in dessen Dienst wir uns gestellt haben und das keine unserer gehorsamen Mühen und Opfer vergebens sein läßt. Seien wir dessen nur ganz sicher!

Wir dürfen und müssen diese Sicherheit auch im Blick auf den *Vietnamkrieg* haben, der im ablaufenden Jahr so stark im Mittelpunkt der Weltpolitik gestanden ist. Die Amerikaner und ihre Schleppenträger geben sich zwar ihrerseits überaus siegessicher. «Weltstrategisch», so verkündet beispielsweise die «Neue Zürcher Zeitung» (23.11.), sei der Vietnamkrieg bereits entschieden, da bewiesen sei, daß Hanoi und Peking Südvietnam nicht erobern könnten, solange sich die Vereinigten Staaten zu seinem Schutz verpflichteten. Aber mehr und mehr scheint sich doch den Amerikanern die Erkenntnis aufzudängen, daß ihnen alle militärischen Erfolge zuletzt nichts nützen, solange sie das Volk von Südvietnam nicht innerlich gewonnen haben. Denn dieses Volk steht eben überall dort, wo die amerikanische Militärmacht nicht hinreicht, also im wesentlichen außerhalb der großen Städte, auf seiten des Vietkong und hift dessen Streitkräften mit allen ihm zu Gebot stehenden Kräften und Mitteln. Der USA-Botschafter in Saigon, H. C. Lodge, sagte denn auch letzthin ganz deutlich, daß es mit einer Niederwerfung der regulären «kommunistischen» Streitkräfte keineswegs getan sei. Die Hauptaufgabe sei vielmehr, die 150 000 wohlorganisierten Guerillakämpfer zu erledigen, die von Zivilpersonen nicht zu unterscheiden seien; dazu bedürfe es einer «wohldurchdachten Polizeiaktion», deren Personal zu 90 Prozent von regierungstreuen Vietnamesen gestellt werden müsse; die Amerikaner könnten sich dann im Hintergrund halten.

Aber auch eine solche Operation würde zum Gelingen auf jeden Fall sehr viel Zeit beanspruchen. Ein «Sachverständiger» des Washingtoner Kriegsministeriums, Seymour Diechman, meinte unlängst, beim gegenwärtigen amerikanischen Truppenbestand könne es sogar zwanzig Jahre dauern, bis der Endsieg gewonnen sei; wolle man spätestens in fünf Jahren fertig werden, dann müsse man die USA-Streitkräfte auf eine Zahl zwischen einer halben und zwei Millionen Mann bringen. Und auch dann könnte nach dem Urteil wirklicher Kenner Vietnams der Volkswiderstand gegen die amerikanische Fremdherrschaft und das Diktaturregiment der einheimischen Oberschicht nicht erstickt werden. Ich habe kürzlich in der römischen «Rinascita» einen Bericht des wohlbekannten australischen Journalisten Wilfred Burchett gelesen, der seit vielen Jahren besonders Südostasien bereist und ein ungemein anschauliches Bild von der Guerillataktik der südvietnamesischen Dschungelkämpfer entwirft. Die Mär von der entscheidenden Bedeutung der Einschüchterung und Ausplünderung der Landbevölkerung durch den Vietkong verliert angesichts dieser wirklichkeitsgetreuen Schilderung jede Glaubwürdigkeit. Es ist nach Burchett umgekehrt die südvietnamesische Regierungsarmee, deren zwangsweise rekrutierte Soldaten nur durch Drohungen und Strafmaßnahmen einigermaßen in Zucht gehalten werden können und die erste Gelegenheit ergreifen, zum Vietkong überzulaufen. «Die amtliche Zahl der Fahnenflüchtigen für die ersten sechs Monate 1966 beträgt 67 000 Mann, und da seither die Desertionen an Schnelligkeit zugenommen haben, so wird bis Jahresende etwa ein Viertel des Kollaborationnistenheeres davongelaufen sein*.» Neben der Unterstützung durch die Bevölkerung ist die Hauptstärke des Vietkong seine für die Amerikaner unfaßbare Geschmeidigkeit in der Anpassung an die Urwald- und Bergnatur des Landes. «Den Krieg zu den Bedingungen der Nationalen Befreiungsfront führen, bedeutet, die Amerikaner des Vorteils der phantastischen Überlegenheit ihres Militärapparates berauben, dessen Entfaltung den größten Teil der westlichen Berichterstatter so beeindruckt und die erste Welle von Gerüchten über den ‚an der Ecke' wartenden Sieg hervorgerufen hat.» Burchett schließt: «Aus all diesen Gründen habe ich die Führer der Nationalen Befreiungsfront sicherer und zuversichtlicher gefunden als je zuvor... Und ich selbst bin nach einem Vierteljahrhundert, das ich als Journalist mit der Beobachtung der Kriege im Fernen Osten verbracht habe, tief überzeugt, daß ihre Zuversicht vollauf gerechtfertigt ist.»

Das große Spiel der USA Auch gegen *Nordvietnam* werden sich die Amerikaner nicht durchsetzen können. Die Verwüstungen, die sie mit ihren Luftangriffen anrichten, sind gewiß fürchterlich, und neuerdings blockieren sie Nordvietnam auch von der See her, um den Nachschub nach dem Süden zu verhindern. Aber Volk und Regierung von Nordvietnam ertragen all die Verluste und Leiden, die ihnen

* Nach Saigoner Angaben sollen seit Anfang 1963 etwa 45 000 Vietkongsoldaten übergelaufen sein.

der Krieg auferlegt, mit einer Opferwilligkeit und Geduld, wie sie in dieser stoisch anmutenden Heldenhaftigkeit in einem westlichen Land kaum denkbar wären, und weisen jede Verlockung zur Kapitulation entschlossenen Sinnes ab. Sie stehen nun schon seit 21 Jahren, seit dem Rückzug der Japaner, im Kampf für die nationale und soziale Befreiung Vietnams und gedenken ihn durchzuhalten, möge es auch noch ein weiteres Jahrzehnt gehen, bis das Ziel erreicht sei. Die von den Amerikanern in der «freien Welt» verbreitete Vorstellung, daß es sich im Vietnamkrieg um die Abwehr eines von Peking aus ferngesteuerten und von Hanoi ins Werk gesetzten Versuchs handle, Südvietnam chinesisch-kommunistischer Gewaltherrschaft zu unterwerfen, ist dem nordvietnamesischen Denken und Empfinden gänzlich fremd. Vietnam hat nicht jahrhundertelang um seine Unabhängigkeit von China gekämpft, um jetzt ein chinesischer Vasallenstaat zu werden, auch nicht im Zeichen eines gemeinsamen kommunistischen Ideals. Nordvietnam ist schon *vor* dem Durchbruch der chinesischen Revolution kommunistisch geworden – einfach weil die nationale und soziale Befreiungsbewegung fast ausschließlich von den Kommunisten getragen wurde. Das bestätigt auch Joseph Buttinger, der als Berater der USA-Regierung lange Zeit für ein nichtkommunistisches, unabhängiges Vietnam gearbeitet hat, in einem bemerkenswerten Aufsatz, den die Wiener Zeitschrift «Neues Forum» veröffentlicht. Unter japanischer wie unter französischer Herrschaft, so stellt er fest, gab es in Vietnam sozusagen überhaupt keine nichtkommunistische Nationalbewegung. «Die Kommunisten waren damals als Anführer der nationalen Revolution praktisch ohne Konkurrenz... Der vietnamesische Kommunismus bezog seine Kraft weder aus chinesischer Propaganda noch gar aus chinesischer Waffenhilfe, die es damals gar nicht gab, sondern (vor und nach der japanischen Besetzung. H. K.) aus der französischen Kolonialpolitik... Hätten die Franzosen nicht auf ihrer Rückkehr bestanden, wäre in Vietnam eine weitgehend unblutige Revolution zum Zug gekommen. Ohne den Angriff der Westmächte auf die vietnamesische Unabhängigkeit hätte es keinen Krieg in Indochina gegeben.»

Gerade das – eine soziale und nationale Revolution in Vietnam – wollten aber Franzosen und Amerikaner, zeitweise von den Engländern unterstützt, nicht geschehen lassen. Die Franzosen bezahlten den Versuch, Vietnam zurückzuerobern, mit der demütigenden Niederlage von Dienbienphu. Die Amerikaner glauben, als ihre Nachfolger mehr Glück zu haben. Ihnen ging es von Anfang an um zwei Ziele: um die Unterdrückung der sozialen Umwälzung nicht nur in Vietnam, sondern im ganzen südostasiatischen Raum, eingeschlossen die Inselwelt der Philippinen und Indonesiens, und um die Eingliederung einer weiteren Ländermasse mit größten wirtschaftlichen Möglichkeiten in ihr Weltreich. Vergesse man nie, daß die Länder südlich des 17. Breitengrades, östlich von Burma und nördlich von Australien eine Bevölkerung von fast 300 Millionen Menschen haben und für das amerikanische Kapital Bereicherungsquellen in sich bergen, die noch kaum angezapft sind. Geographisch, strategisch und politisch nimmt Vietnam dabei eine Schlüsselstellung ein, deren Besitz für die Regierung der

Vereinigten Staaten offenbar jede Anstrengung und jedes Opfer (des amerikanischen Volkes und natürlich desjenigen von Vietnam selber) wert ist.

Als die USA, noch unter Kennedy und Dulles, in Südvietnam eingriffen, um den schon längst durch Dollarmillionen verdorbenen Machthabern in ihrem Kampf gegen den Aufstand der Bauern, Buddhisten und Intellektuellen zu helfen, glaubten sie wahrscheinlich an einen leichten und schnellen Erfolg. Der überraschend zähe Widerstand der Nationalen Befreiungsfront belehrte sie eines Besseren (oder Schlechteren, wie man will). Als Ende 1964 die Gefahr drohte, daß in ein paar Monaten ganz Südvietnam in den Händen der Volksarmee liegen werde, sah sich die amerikanische Regierung vor eine grundsätzliche Entscheidung gestellt. Sie mußte entweder auf die Weiterführung des Krieges im bisherigen Rahmen – als Hilfskraft des vom Zusammenbruch bedrohten Saigoner Regiments – verzichten oder aber diesen Rahmen sprengen und den Krieg völlig in die Hand nehmen, mit allen Folgerungen, die sich daraus ergeben würden. Die Entscheidung fiel, wie man weiß, zugunsten der *«Amerikanisierung» des Vietnamkrieges,* der massiven Verstärkung der amerikanischen Streitmacht in Südvietnam und der Eröffnung des Luftkrieges gegen Nordvietnam. Die Begründung dafür mußte die Behauptung von einem nordvietnamesisch-chinesischen Angriff auf Südvietnam liefern, die seither den Kern der ganzen USA-Propaganda bildet.

Wie lang und in welcher Form die Vereinigten Staaten den Krieg fortsetzen können, steht dahin. Da sie sich weder von China noch von der Sowjetunion in Vietnam ernstlich behindert sehen, die Sowjetunion sogar geneigt scheint, ihnen in Südostasien freie Hand zu lassen gegen amerikanische Zugeständnisse in Europa – zur Abwehr der deutschen Gefahr –, liegt für Washington, wie die «Monthly Review» (Novemberheft) schreibt, die Versuchung nahe, das sozialistische Lager weiter zu spalten und dessen schwächeren Gliedern zu beweisen, daß sie sich weder auf die Sowjetunion noch auf China verlassen können. Die Frage werde dann sein, wie die beiden sozialistischen Hauptmächte darauf antworten und welches die Folgen einer solchen Verschiebung der Lage sein würden. Die Neuyorker Monatschrift glaubt, der Vietnamkrieg habe bereits einen neuen Charakter angenommen. «Er ist jetzt nicht nur ein gegenrevolutionärer Krieg und ein Krieg für die amerikanische Reichsmacht, er ist auch ein Krieg zwischen den beiden sozialen Weltordnungen. Und die Möglichkeit besteht, daß dieser dritte Krieg, der Krieg zwischen den Gesellschaftssystemen, bis zu einer Höhe hinaufgetrieben wird, auf der er die beiden anderen Kriegsformen aufschluckt und ausschaltet.»

Das mag eine Zukunftsschau bleiben. Schon heute steht für uns aber fest, daß Amerika das große, gewagte Spiel, auf das es sich in Südostasien eingelassen hat, *verlieren wird.* Es wird auf die Länge weder mit Vietnam noch gar mit *China* fertig werden. Dazu ist es bereits zu spät, seit China auch seine Kernwaffen hat. Es ist wohl übertrieben, enthält aber doch einen kräftigen Wahrheitskern, wenn I. F. Stone in seinem «Weekly» (7. November) sagt: «Chinas Riesenschritte zur Atommacht stellen die bedeutendste

politische und militärische Entwicklung unserer Zeit dar. ...Mit ihrem vierten Kernwaffenversuch in zwei Jahren haben die Chinesen bewiesen, daß sie 1. eine einsatzfähige Fernrakete mittlerer Reichweite bauen können, 2. die schwierige Aufgabe gelöst haben, einen kleinen atomaren Sprengkopf für sie herzustellen, und 3. die Sicherheitsvorkehrungen so weit gefördert haben, daß sie die Raktete über ihrem eigenen Gebiet zur Entladung bringen können.» China habe damit sowohl England als Frankreich überholt und müsse jetzt als dritte Atommacht angesehen werden. Auf jeden Fall könnten die Chinesen früher als erwartet einen Gegner von einem atomaren Angriff auf ihr Land abschrecken, ja den Vereinigten Staaten unerträglichen Schaden im Fall eines Angriffs auf China zufügen – und das werde die politische Lage in Asien wie in der ganzen Welt verändern. Es sei gar nicht nötig, daß China ebenso große Vorräte von weittragenden Raketen habe wie Amerika; es genüge vollständig, daß es selbst atomare Gegenschläge führen könne, denen die Vereinigten Staaten nur entgehen könnten, wenn sie einen Krieg mit konventionellen Waffen gegen China zu führen bereit seien, einen Krieg, bei dem aber China den Vorteil seiner riesigen Menschenmassen und seiner gewaltigen räumlichen Ausdehnung hätte.

Es kann wirklich sein, daß der Besitz eigener Kernwaffen China ebenso vor einem amerikanischen Angriff schützt, wie die Brechung des amerikanischen Atomwaffenmonopols durch die Sowjetunion diese vor der Ausführung der Kriegspläne der Truman, Churchill und Genossen in den vierziger Jahren und auch später geschützt hat. Darüber hinaus sollten die chinesischen Atomwaffen die anderen Atommächte endlich zwingen, erstens den Nichtbesitzern von Kernwaffen Sicherheit vor jedem atomaren Angriff zu geben und sie dadurch vom Bau eigener Atomwaffen abzuhalten, und zweitens China unter allen Umständen einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO unter Ausschluß Formosas (das zu China gehört) anzubieten und es zu allen Abrüstungsverhandlungen beizuziehen. Die Haltung der Vereinigten Staaten, die soeben wiederum Chinas Aufnahme in die UNO hintertrieben haben, läßt freilich keine Hoffnung, daß diese Folgerungen aus Chinas atomarem «Sprung nach vorwärts» schon bald gezogen werden. Aber damit fordert Amerika in seiner Vermessenheit nur selber das Gericht über seine imperialkapitalistische Weltmachtpolitik heraus. Wen der Teufel verderben will, den verblendet er zuerst...*

«Revolution in Freiheit»? Wir haben im Novemberheft die überwiegend günstigen Ergebnisse der gewaltsamen Befreiung Kubas von der Oberherrschaft der Vereinigten Staaten

* Es verdient vermerkt zu werden, daß auch die «New York Times», die angesehenste Tageszeitung der Vereinigten Staaten, den Widersinn der amerikanischen Chinapolitik offen anerkennt. «Die Vereinten Nationen», so schreibt das Blatt (1. Dezember) und meint natürlich vor allem die Vereinigten Staaten, «können nicht ewig das Dasein eines Staates mißachten, der ein Viertel der Weltbevölkerung in sich birgt. Aber mindestens für weitere zwölf Monate müssen sie vortäuschen, daß es ein Festlandchina auf der Weltkarte überhaupt nicht gibt.»

und ihrer innerkubanischen Verbündeten zusammengefaßt und dabei feststellen zu müssen geglaubt, daß Fidel Castros Vorgehen nicht mehr Vorbild und Vorläufer einer allgemein lateinamerikanischen Revolutionsbewegung sei. Tatsächlich gehen diejenigen lateinamerikanischen Länder, die nach Selbstregierung im Innern wie nach außen trachten, meistens andere Wege. Das Hauptbeispiel dafür ist *Chile.*

Seit 1964 ist dort Präsident Eduardo Frei (dessen Vater noch Schweizer war) am Ruder. Er wurde gegen den Linkssozialisten Dr. Allende gewählt und hat seit März 1965 auch im Parlament eine Mehrheit hinter sich, die aus Christlichdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Nationaldemokraten besteht. Sein Wahlprogramm gipfelte in dem Versprechen, «ein neues Chile für alles Volk, eine Revolution in Freiheit» zu verwirklichen. Was hat er auf diesem «nichtkubanischen» Weg bisher erreicht? Der nordamerikanische Journalist Sidney Lens antwortet in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Oktoberheft) kurz und bündig: «(Es ist) Frei und seinen Christlichdemokraten zwar mißlungen – mindestens bisher –, ihrem Ziel einer ‚Revolution in Freiheit' näherzukommen, doch haben sie auf dem Weg der Reformen vieles getan, was einen großen Teil der unteren Bevölkerungsschichten angezogen hat... Ob das ausreicht, um die Probleme eines kleinen Landes mit acht Millionen Einwohnern, schwerer Schuldenlast und Inflation, das unter dem Druck des Kolosses im Norden steht, zu lösen, ist eine andere Frage.» An guten Vorsätzen hat es den Christlichdemokraten allerdings nicht gefehlt. Ihren Theoretikern schwebte eine Gesellschaft ohne Privateigentum vor. Zu ihrem Tätigkeitsprogramm gehörten Forderungen wie Verstaatlichung der Grundstoffindustrien und der Banken, durchgreifende Landreform, Behebung der Wohnungsnot, Beaufsichtigung der Wirtschaft durch die Arbeiter und Abschüttelung des nordamerikanischen Joches ohne Anlehnung an Moskau. Aber bei der Ausführung dieser löblichen Absichten stießen sie auf Schwierigkeiten, die vor allem in der *Wirtschaftslage* Chiles begründet sind.

Die Zahlungsbilanz des kleinen Staates weist dauernd einen Überschuß der Verpflichtungen über die Guthaben auf. Chile hat zu wenig Mittel, um das, was es braucht, im Ausland zu kaufen. Für den Bau von Straßen, Bewässerungsanlagen, Schulen, Krankenhäusern usw. fehlt vielfach das Geld. Folge: Der Staat läßt massenhaft Banknoten drucken, und das heißt, daß die Preise beständig steigen und die Arbeiter zu immer erneuten Lohnforderungen gezwungen sind. Die Anleihen, die Chile in den Vereinigten Staaten aufnimmt, werden an harte Bedingungen geknüpft, die das Land in drükkende Abhängigkeit von dem «großen Bruder Yankee» bringen. «Für eine Anleihe etwa muß Chile die Maschinen für Projekte, die mit amerikanischen Krediten finanziert werden, von amerikanischen Firmen kaufen, selbst wenn manche dieser Artikel aus Japan, Frankreich oder Deutschland billiger bezogen werden könnten. Für eine andere muß es zusichern, kein amerikanisches Eigentum in Chile ohne ‚angemessene Gegenleistung' zu verstaatlichen. Das bedeutet praktisch: keine Verstaatlichung und gesunden Respekt vor dem Privatunternehmertum. Schließlich muß die chilenische Re-

gierung, bevor die Kredite ausbezahlt werden, den USA detailliert ihr Programm für Maßnahmen, wie Kreditkontrolle, Lehrpläne für die Schulen und Entwicklungspläne, zur Genehmigung vorlegen». (Lens.)

Wirtschaftliche Selbständigkeit heißt für Chile vor allem Verfügungsgewalt über die nordamerikanischen Kapitalgesellschaften, die in Chile «arbeiten». 80 Prozent seiner ausländischen Zahlungsmittel erhält das Land durch die Ausfuhr von Kupfer, Eisenerz, Salpeter und anderen Mineralien, wobei das Kupfer in der Hauptsache von drei großen USA-Gesellschaften gewonnen wird. Mindestens 100 Millionen Dollar von den Gewinnen, die diese Gesellschaften machen, fließen alljährlich nach dem «Mutterland». Nur etwa 35 Prozent der Einnahmen aus Warenlieferungen Chiles ans Ausland bleiben dem Land für den Ankauf von Maschinen, Textilien, Lebensmitteln usw. Man kann sich also vorstellen, wieviel Freiheit Chile tatsächlich hätte, wenn es die Sozialisierungsideen seiner christlichdemokratischen «Revolutionäre» verwirklichen wollte. Auch wenn die Vereinigten Staaten nicht militärisch eingriffen, wie direkt in Santo Domingo oder indirekt in Guatemala, würden sie eine Wirtschaftssperre über Chile verhängen, die dieses noch schwerer träfe als Kuba und es bald zum Erliegen brächte. Nicht zu reden von der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die Weltmarktpreise für chilenische Ausfuhrgüter kräftig zu drücken. Tatsächlich hat denn auch Präsident Frei mit den amerikanischen Kupfergesellschaften ein kaum anders als Kuhhandel zu nennendes Abkommen getroffen, das eine Sozialisierung des Kupferbergbaus ausschließt, der chilenischen Wirtschaft von 1970 ab zwar jährlich 115 Millionen Dollar mehr an Devisen sichert, den Unternehmungen aber schätzungsweise den Abzug von dreimal soviel Gewinnbeträgen aus Chile nach den USA ermöglicht als bisher und ihnen zudem Steuerermäßigungen bis zur Hälfte der jetzigen Sätze gewährt.

Besser steht es mit den Landreformplänen der Regierung. Der Großgrundbesitz ist auch in Chile, wie in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, ein Krebsübel der Wirtschaft. Nicht nur ist der Boden schreiend ungerecht verteilt, so daß zum Beispiel in der Provinz Talca ein paar Dutzend Großgrundbesitzer drei Viertel des Bodens in Händen haben. Fast noch schlimmer ist es, daß die Großbesitzer eine äußerst rückständige Landwirtschaftstechnik anwenden und weite Landstriche überhaupt nicht anbauen. Die Masse der Landbevölkerung – 30 Prozent der Gesamteinwohnerschaft – ist bettelarm und unterernährt (wie übrigens auch ein Teil der Stadtbewohner und Industriearbeiter). Hier griff die Regierung Frei mit einem Reformplan ein, der hunderttausend neue, genügend große Bauernhöfe schaffen sollte, aber schon in den Anfängen stecken blieb, so daß es gut gehen muß, wenn wenigstens vierzigtausend Kleinbauernfamilien (von den 350 000 insgesamt) Grund und Boden unter den Füßen bekommen. Erst vor zwei Monaten hat das Parlament eine Vorlage gutgeheißen, die für die Bodenreform, eingeschlossen die notwendige Enteignung von Großgrundbesitz, die verfassungsmäßige Grundlage schaffen soll, worauf dann die entsprechenden Ausführungsgesetze folgen sollen. «Es bleibt abzuwarten», schrieb damals ein südamerikanischer Mitarbeiter der «Neuen Zürcher

Zeitung», «welche Rückwirkungen das Gesetz auf den künftigen Zustrom von Auslandskapital haben wird.»

Der Mann hat ganz recht. Dies um so mehr, als das neue Gesetz über die «soziale Funktion des Eigentums» auch für Bergbau, Industrie, Handel und Verkehr gilt und namentlich in den Städten mithelfen soll, das Wohnungselend zu überwinden. Überhaupt liegt es den Regierenden sehr am Herzen, die Lage der untersten Volksschichten zu heben. Ihre Sammlung und Schulung in Genossenschaften, Gewerkschaften, «Nachbarschaftsräten» und dergleichen erweckt auf dem Land wie in den Städten und Industriegebieten große Hoffnungen. Der Leiter des Amtes für Bodenreform erachtet es schon als bedeutenden Erfolg, daß «wir zum erstenmal in der Geschichte Chiles die unteren Klassen davon überzeugt haben, daß die Regierung auf ihrer Seite steht». Sie wird dabei auch von den Kommunisten unterstützt, die in Chile recht maßvoll auftreten, schon um nicht Chile durch wirklich revolutionäre Maßnahmen zu einem zweiten Kuba werden zu lassen, dessen Unterstützung die Sowjetunion noch teurer zu stehen kommen müßte als Castros Politik. Die chilenischen Sozialisten stehen eher links von den Kommunisten, halten sich aber seit der Wahlniederlage ihres Präsidentschaftskandidaten sehr zurück und anerkennen, daß die Christlichdemokraten eine Volksbewegung in Gang gebracht hätten, die trotz allem mit der Zeit ein neues Chile schaffen könne, frei von der Übermacht des in- und ausländischen Großkapitals und des schmarotzenden Großgrundbesitzes. Hoffen wir es!

Die südafrikanische Drohung Nach dreizehn Monaten «Strafmaßnahmen» gegen das abtrünnige *Rhodesien* muß die britische Labourregierung feststellen, daß es ihr nicht gelungen ist, das Rebellenregime Smith auch nur zur Annahme der äußerst zahmen Londoner Vorschläge für eine Kompromißlösung zu veranlassen. Da sie weder mit einer *wirksamen* Wirtschaftssperre noch gar mit militärischer Gewalt gegen Rhodesien den dort angesiedelten britisch-amerikanischen Kapitalgesellschaften wehtun wollte und zudem damit die offene Feindschaft der Südafrikanischen Union herauszufordern fürchtete, sucht sie jetzt die Verantwortung für die Lösung der Rhodesienfrage auf die Vereinten Nationen abzuschieben. Sie zieht ihre früheren Vermittlungsangebote an die rhodesische Regierung zurück und bekennt sich zum Grundsatz einer Regierung mit schwarzer Mehrheit als unbedingter Voraussetzung für die Gewährung der Unabhängigkeit an Rhodesien. Gleichzeitig ersucht sie die Vereinten Nationen, wirtschaftliche Sperrmaßnahmen gegen Rhodesien anzuordnen, die für alle Mitgliedstaaten der UNO verbindlich sein sollen. Daß damit die Regierung Smith zur Abdankung gezwungen werden kann, ist höchst unwahrscheinlich, vor allem darum, weil hinter dem «weißen» Rhodesien die Regierung der *Südafrikanischen Union* mit ihrer Apartheidspolitik steht und die kapitalistischen Großunternehmungen Südafrikas Rhodesien ebenfalls nicht fallen zu lassen entschlossen sind. «Ein Viertel des Kapitals der sieben maßgebenden Bergwerks- und Finanzfirmen (der Süd-

afrikanischen Union) ist im überseeischen Besitz von britischen und amerikanischen Geldgebern. Und die Gold- und Diamantengesellschaften Südafrikas sind selbst wieder der Mittelpunkt eines Netzes anderer Gesellschaften, die große Bergwerksinteressen in Nordrhodesien, Katanga und Südwestafrika, in Angola und Tanganyika besitzen und große Beteiligungen am Bodeneigentum, an Industrie und Handel über den ganzen Unterkontinent hin haben.» So stellt Ruth First in ihrem Buch «South West Africa» (1963) fest. Und sie folgert mit Recht: «Für die ineinandergreifenden Diktaturen eines Dutzends von Riesengesellschaften sind Staatsgrenzen bloße Linien auf der Landkarte geworden und politische Systeme ganz gleichgültig, vorausgesetzt, daß sie für Kapitalanlagen sicher gewinnbringend bleiben.»

Das Kernstück dieses kapitalistischen Großreiches ist also die Südafrikanische Union mit ihrer Gewaltherrschaft einer weißen Minderheit von 3 Millionen über die 13 Millionen Neger, Inder und Mischlinge. Das Selbstgefühl der regierenden Oberschicht ist neuerdings noch weiter gestärkt worden durch den Entscheid des Internationalen Gerichtshofes im Haag, wonach das ehemals deutsche *Südwestafrika,* das der Union als Völkerbundsmandat anvertraut worden war, ihr aber von den Vereinten Nationen wieder abgesprochen werden wollte, rechtlich als Bestandteil des Südafrikanischen Bundesstaates zu gelten habe. Ein vieljähriger, innerhalb der UNO selbst geführter Kampf ist damit vorläufig beendet und die Hoffnung der schwarzen Mehrheit Südwestafrikas auf Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit aufs neue enttäuscht worden durch die Schwäche und die Interessenpolitik der maßgebenden UNO-Mitglieder, die vor den Anmaßungen und Drohungen der südafrikanischen Rassenpolitiker immer wieder mutlos zurückwichen, ja mit ihnen heimlich oder offen im Bund stehen. Aber ist diese unwürdige Haltung der Weltorganisation für den Frieden, die Freiheit und das Recht der Völker das letzte Kapitel in der Geschichte Südwestafrikas? Wir können es nicht glauben, wenn wir uns das tiefe Unrecht vergegenwärtigen, das die Südafrikanische Union dem ihr anvertrauten kleinen Nachbarvolk angetan hat.

Ein Siebentel der Gesamtbevölkerung Südwestafrikas von etwa einer halben Million Menschen ist weiß; aber die 72 000 Weißen – die überwiegend holländischer, zum Teil aber auch englischer und besonders deutscher Abstammung sind – besitzen doppelt soviel Land wie die 430 000 Schwarzen miteinander, und natürlich das beste Land. Sie sind die Herren des Landes und üben ihre Herrschaft mit der gleichen Roheit und Selbstsucht aus wie ihre Artgenossen in der Union*. Die drei wesentlichen Wirtschaftszweige des Landes sind Bergwerksindustrie (Gold, Diamanten, Kupfer), Landwirtschaft und Fischerei. Weitaus die größte Bedeutung hat die Bergwerksindustrie, die von zwei Riesenunternehmungen – die eine ist südafrikanischer, die andere amerikanischer Herkunft – beherrscht wird und reiche Gewinne aus der Ausbeutung von Bodenschätzen und «Menschen-

* Wir entnehmen diese und die folgenden Angaben dem bereits erwähnten Buch von Ruth First.

material» zieht. Der Beitrag der Landwirtschaft, die den größten Teil der Arbeitskräfte beschäftigt, zum sogenannten Volkseinkommen ist ganz gering. Das Einkommen der Eingeborenen außerhalb der «Polizeizone» (in der die industrielle Tätigkeit der Weißen zusammengeballt ist) ist je Kopf das niedrigste in ganz Afrika. Nur zwei von zehn afrikanischen Kindern gehen in die Schule und auch sie ganz selten länger als zwei Jahre. Die Fürsorge für Gesundheit und Leben der Eingeborenen ist so dürftig wie nur möglich; ein staatliches Krankenhaus gibt es erst seit wenigen Jahren; die Missionsspitäler sind meistens kaum mehr als Notstationen für Erste Hilfe.

So ist Südwestafrika einfach ein kleines Südafrika, aber vielleicht auch der verwundbarste Teil der Union. Wenn die Organisation der Vereinten Nationen hier genügend Mut und Kraft entfaltete, könnte der ganze Bau des südafrikanischen Rassen- und Diktaturstaates erschüttert werden. «Wenn aber die UNO», so schreibt Ruth First, «nicht als eine Körperschaft auftreten kann oder will, die Südafrika in den Senkel stellt, dann muß sie es als unausweichliche Folge annehmen, daß Staaten wie die afro-asiatischen Mächte, die hier einen Probefall für die Wirkungskraft der UNO sehen, mit der Zeit zu einseitigem Vorgehen gedrängt werden. ... Die Hauptlast der Befreiung des Volkes von Südwestafrika ruht auf ihm selber und auf dem Volk Südafrikas. Druck von der Außenwelt wird mithelfen, aber für die nächste Zeit wird er immer nur die Hauptanstrengung der Völker unterstützen können, die da unten in diesem Erdteil leben.»

Israel–Westdeutschland Inzwischen ziehen sich neuerdings Gewitterwolken auch im Nahen Osten zusammen. *Israel* ist es satt geworden, beim Sicherheitsrat der UNO immer und immer wieder vergebens gegen die planmäßigen Einfälle *arabischer Banden* in sein Gebiet zu protestieren. Es hat darum am 13. November einen Vergeltungsschlag gegen ein ostjordanisches Dorf – Ausgangspunkt des letzten Bandenangriffs – geführt und ist prompt vom Sicherheitsrat wieder ernstlich getadelt und verwarnt worden, ohne daß die *wirklichen* Friedensbrecher angeprangert worden wären. Man könnte über soviel Zynismus zur Tagesordnung übergehen, stünde dahinter nicht eine wohlüberlegte Politik der Sowjetunion, die jedes Einschreiten der UNO gegen die arabischen Herausforderungen Israels hintertreibt. Die Untätigkeit der jordanischen Regierung gegenüber dem israelischen Vorgehen wird nun, unterstützt aus Kairo und Damaskus, von den Gegnern König Husseins als Verrat am Arabertum gebrandmarkt und zum Versuch eines Regimewechsels in Jordanien ausgenützt, der, wenn er gelänge, nicht nur die Bahn für eine Art Liberalisierung Jordaniens frei machen würde, sondern eine unmittelbare Kriegsgefahr für Israel heraufbeschwören könnte. Die Ereignisse sind aber, während wir schreiben, noch ganz im Fluß, so daß eine Beleuchtung der neu-alten Lage in und um Israel auf ein anderes Mal zurückgestellt werden muß.

Hingegen erwarten unsere Leser gewiß ein Wort zur vorläufigen – *sehr* vorläufigen – «Lösung» der politischen Krise in *Westdeutschland.* In unse-

rer Novemberrundschau wurde klargestellt, worum es sich bei dieser Krise handelt: um den auch für bisher politisch Blinde nunmehr offenkundig gewordenen Zusammenbruch des ganzen Kunstbaus der Deutschen Bundesrepublik und die Notwendigkeit, den Trümmerhaufen auszuräumen und einen Neuaufbau an die Hand zu nehmen. Voraussetzung dafür ist natürlich die *Erkenntnis* dieses Tatbestandes bei denjenigen, die für einen solchen Neuaufbau in Frage kämen, vorab bei der *Sozialdemokratischen Partei.* Wie wenig diese Partei – die sich als Oppositionsträgerin ausgab – diese Voraussetzung erfüllt, haben wir in unserer letzten Übersicht erneut betont. Aber der Schreibende muß gestehen, daß er die Einsichtslosigkeit und Verkalkung der westdeutschen Sozialdemokraten (oder doch ihrer Führer und der Mehrheit ihrer Gefolgsleute) immer noch unterschätzt hat – so unglaublich ist die Entscheidung, die sie für die Überwindung der Lebenskrise der Bonner Republik getroffen haben.

Drei Wege standen der SPD offen. Sie hätte sofort wirklich in die grundsätzliche Opposition zu der seit 1948 betriebenen Bonner Politik gehen können. Die CDU (und auch die von ihr abgesprungene Freie Demokratische Partei) wäre dann ihrem verdienten Schicksal überlassen gewesen, und die SPD hätte für die Wahlen von 1968 den durchschlagenden Sieg in der Tasche gehabt. Sie hätte zur Not auch zusammen mit der FDP, wenn schon auf schmaler parlamentarischer Grundlage, die Regierung übernehmen und immerhin eine Anzahl fruchtbarer und notwendiger Reformen durchführen können. Aber weder der eine noch der andere Weg war ihr genehm. Sie entschied sich vielmehr für den dritten, verkehrtesten Weg, den man sich denken konnte: die sogenannte *Große Koalition mit der CDU.* Damit ist die Christlich-Demokratische Union der Erhard, Strauß, Gerstenmaier und Genossen gerettet. Und die Sozialdemokratie wird nunmehr zu der moralischen Verantwortung für den Bankrott der Bonner Politik, die sie schon bisher zu tragen hatte, auch die förmliche Regierungsverantwortung für die Bankrottpolitik übernehmen müssen, die von der CDU weiter betrieben werden wird, besonders im Verhältnis zur DDR und zum Ausland, aber auch in den entscheidenden Fragen der Innenpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei wird zwar gewiß die CDU zwingen können, bestimmte Abweichungen von ihrem bisherigen Kurs anzunehmen (wenn auch unter dem Widerstand ihrer «Harten»), so in den Beziehungen zu Ostdeutschland und zu den osteuropäischen Volksrepubliken, vielleicht auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und sonst noch in manchen Dingen. Aber die außenpolitische Linie der Bundesrepublik, mit der Anlehnung an die Vereinigten Staaten, den entsprechend fortgesetzten Kriegsrüstungen, der Nichtanerkennung der DDR und der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze, wird die gleiche bleiben wie bisher. Und daß in der Innenpolitik irgendwie von Sozialisierung und Wirtschaftsplanung zugunsten der Volkswohlfahrt und der Hebung der Lebenslage der Arbeiterbevölkerung die Rede sein könne, wie es das Programm der SPD verlangt, das kommt überhaupt nicht in Frage. Dafür dürfte die Notstandsgesetzgebung, die die sowieso nur eingebildete westdeutsche Demokratie vollends gegenstandslos

machen wird, mit Hilfe der SPD schließlich doch verwirklicht werden. Und so weiter in der gleichen Richtung.

Daß die Sozialdemokratie sich auf diesen Weg eingelassen hat, ist nur durch zweierlei Ursachen zu erklären: durch ihr vollständiges Unvermögen, die Schwere des Versagens der CDU-Politik überhaupt zu erkennen, und durch ihren unbändigen Drang, endlich wieder, seit 1930 zum erstenmal, an die Regierung zu kommen. Diesem Drang namentlich haben ihre Führer und Verführer seit Jahren schon so ziemlich alles geopfert, was die SPD noch an Charakter und Wirklichkeitssinn besaß. Unter seinem Einfluß lassen sie sich jetzt auch einen Bundeskanzler wie diesen Kiesinger gefallen, der nicht nur ein kleiner «dienstverpflichteter» Beamter unter Hitler gewesen ist, sondern offenbar aus Überzeugung die Mitverantwortung für die Auslandspropaganda der Ministerien Ribbentrop und Goebbels trug, ja sie lassen sich sogar einen Franz Josef Strauß gefallen, dessen skandalumwitterte Gestalt auch in der Regierung der Deutschen Bundesrepublik einfach unmöglich sein sollte. Es gibt jetzt zwar einen gewissen Widerstand in den Reihen der Sozialdemokratie, aber der wird wie üblich bald gebrochen sein; zur Gründung einer wirklich sozialistischen Partei, die auch von einigen Gewerkschaftsverbänden gestützt werden könnte, wird es sicher nicht langen. Und die Kommunisten sind ja nach wie vor in der westdeutschen «Demokratie» verboten... Die Wendung zur Christlich-Demokratischen Union hin, die die Führerschaft der Sozialdemokratie ihrer Partei aufgezwungen hat, ist und bleibt eine tiefe Schande für die politische Arbeiterbewegung Westdeutschlands. Sie mag als geradlinige Fortsetzung der bisherigen Linie dieser Führungsgruppe – der planmäßigen Eingliederung in den kapitalistischen Klassenstaat – durchaus logisch erscheinen, aber eben doch nur logisch in der verkehrten Richtung. Die Folgen dieser neuen, vielleicht der letzten Untreue gegenüber dem sozialistischen Ideal, vor dem sich sogar das Godesberger Programm noch verbeugt, werden sich früher oder später unausweichlich einstellen.

Eine Folge des Bonner Wirrwarrs zeichnet sich schon jetzt ab: das Anschwellen der *neunazistischen Strömung,* wie es die Landtagswahlen in Hessen und Bayern geoffenbart haben. Es gehe eben, so sagte ein alter badischer Gewerkschafter und Sozialdemokrat kürzlich zu einem unserer Gesinnungsfreunde in Basel, gegenwärtig eine Welle des Nationalismus über das westdeutsche Volk, von der sich jeder tragen lassen müsse, der gewählt werden wolle. Die Bundesrepublikaner hätten den Sieg der «minderwertigen» Russen über die «hochwertigen» Deutschen noch immer nicht verwunden, und dazu komme ein gewisser Haß gegen die Amerikaner, die sich noch immer im Land breit machten und sich in die deutsche Politik einmischten. Die Kriegsverbrecherprozesse – so fügen wir bei – tun das übrige, um die Deutschen das Gefühl ihrer «Hochwertigkeit» nicht verlieren zu lassen, ohne daß sie selbstverständlich ihre Schuld auch zugäben.

Die Bemühungen, das Wiederaufkommen heftig nationalistischer Bewegungen in Westdeutschland zu verharmlosen, sind wenig überzeugend. Der jetzt herumgebotene Trost, der Großteil der westdeutschen Wähler stehe

immer noch hinter den demokratischen Parteien, ist jedenfalls geradezu lächerlich, wenn man an den Eifer dieser Parteien denkt, durch eine umfassende «Notgesetzgebung» eine regelrechte Diktatur vorzubereiten, falls der Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung einmal irgendwie gefährdet werden sollte. Es sind denn auch überhaupt nicht die sogenannten Nationaldemokraten, die eine ernstzunehmende Bedrohung der friedlichen Weiterentwicklung Westdeutschland bilden, sondern die drei alten Parteien, die eben die böse Vergangenheit Deutschlands längst noch nicht bewältigt haben. Der Neunazismus ist nur die folgerichtige, wenn auch extreme Weiterführung der nationalistisch-militärischen Machtpolitik, die die herrschenden Parteien auch nach der zweiten Kriegsniederlage Deutschlands, diesmal unter der Fahne des Antikommunismus, wieder aufgebaut haben und mit der sie blindlings einer dritten Katastrophe zutreiben. Was Wunder, daß viele Westdeutsche eine offen nationalistische «Politik der Stärke» dem diplomatisch verschleierten und als Friedenswillen getarnten Streben nach Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen und Zerschlagung des Ostblocks vorziehen? Wenn schon – denn schon!

Die große Masse des westdeutschen Volkes merkt freilich noch immer nicht, wohin die Reise geht. Den Leuten geht es schon wieder zu gut, als daß sie sich die Mühe nähmen, politisch zu denken und ihren Staat selber in die Hände zu nehmen. Sie schlafen und träumen und wollen darin nicht gestört werden. Ihnen gilt noch heute das Gedicht Georg Herweghs, eines der Führer des süddeutschen Aufstands von 1848, das ein deutscher Freund kürzlich ausgegraben und mir geschickt hat:

Deutschland auf weichem Pfühle
Mach dir den Kopf nicht schwer.
Im irdischen Gewühle
Schlafe – was willst du mehr?

Laß jede Freiheit dir rauben,
Setze dich nicht zur Wehr.
Du hast ja den christlichen Glauben:
Schlafe – was willst du mehr?

Und wenn man dir alles verböte,
So gräme dich nicht zu sehr;
Du behältst ja Schiller und Goethe:
Schlafe – was willst du mehr?

Das Erwachen kommt freilich doch einmal – trotz «Großer Koalition». Wenn's dann nur nicht zu spät ist!

1. Dezember *Hugo Kramer*